



## PROTOKOLL

### Ausschuss für Wissenschaft

22. Sitzung in Mainz, Deutschhaus, am 31. Januar 2024

Öffentlich, 14.00 bis 15.36 Uhr

Tagesordnung	Ergebnis
<p>1. Vorstellung des neuen Kaufmännischen Vorstands der Universitätsmedizin Frau Dr. Waltraud Kreuz-Gers und des Medizinischen Vorstands Herrn Prof. Dr. Ralf Kiesslich Antrag nach § 76 Abs. 4 GOLT Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit - <a href="#">Vorlage 18/5125</a> - [<a href="#">Link zum Vorgang</a>]</p>	Erledigt (S. 4 – 7)
<p>2. Berücksichtigung gesellschaftlicher Wechselwirkungen bei der Umsetzung der KI-Agenda in Rheinland-Pfalz Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der SPD - <a href="#">Vorlage 18/4824</a> - [<a href="#">Link zum Vorgang</a>]</p>	Erledigt (S. 8 – 12)
<p>3. Einwerbung von Drittmitteln Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der FDP - <a href="#">Vorlage 18/4948</a> - [<a href="#">Link zum Vorgang</a>]</p>	Erledigt (S. 13 – 17)
<p>4. Aufbau eines klinischen Studienabschnittes in der Humanmedizin in Koblenz und universitätsmedizinische Anbindung des Bundeswehrzentralkrankenhauses in Koblenz und des Landeskrankenhauses AöR sowie weiterer Partnerkliniken Antrag nach § 76 Abs. 4 GOLT Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit - <a href="#">Vorlage 18/5013</a> - [<a href="#">Link zum Vorgang</a>]</p>	Erledigt (S. 18 – 20)
<p>5. Umwelt-Campus Birkenfeld belegt dritten Platz in internationalem Nachhaltigkeitsranking Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - <a href="#">Vorlage 18/5032</a> - [<a href="#">Link zum Vorgang</a>]</p>	Erledigt (S. 21 – 22)

<b>Tagesordnung</b>	<b>Ergebnis</b>
6. Neugründung des jüdischen Studierendenverbands Rheinland-Pfalz/Saarland "Hinenu" Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP - <a href="#">Vorlage 18/5041</a> - [ <a href="#">Link zum Vorgang</a> ]	Erledigt (S. 23 – 24)
7. Ermäßigtes Deutschlandticket für Studierende Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP - <a href="#">Vorlage 18/5042</a> - [ <a href="#">Link zum Vorgang</a> ]	Erledigt mit der Maßgabe schriftlicher Berichterstattung (S. 3)
8. Forschungsprojekte an Hochschulen zur Erforschung des Einsatzes Künstlicher Intelligenz an Schulen Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der AfD - <a href="#">Vorlage 18/5089</a> - [ <a href="#">Link zum Vorgang</a> ]	Erledigt (S. 25 – 26)
9. Einführung einer Quote für Landkinderärzte im Medizinstudium Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP - <a href="#">Vorlage 18/5129</a> - [ <a href="#">Link zum Vorgang</a> ]	Erledigt (S. 27 – 28)
10. Einsparungen bei der Finanzierung digitaler Angebote an der Universität Trier Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der CDU - <a href="#">Vorlage 18/5136</a> - [ <a href="#">Link zum Vorgang</a> ]	Erledigt mit der Maßgabe schriftlicher Berichterstattung (S. 3)
11. Beschäftigung von studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften in Rheinland-Pfalz Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der CDU - <a href="#">Vorlage 18/5137</a> - [ <a href="#">Link zum Vorgang</a> ]	Erledigt mit der Maßgabe schriftlicher Berichterstattung (S. 3)
12. Tarifabschluss der Länder: Regelung der Arbeitsbedingungen der studentischen Beschäftigten Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP - <a href="#">Vorlage 18/5147</a> - [ <a href="#">Link zum Vorgang</a> ]	Erledigt mit der Maßgabe schriftlicher Berichterstattung (S. 3)
13. Verschiedenes	S. 29

**Vors. Abg. Marion Schneid** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden, darunter Staatsminister Hoch, die neuen Ausschussmitglieder David Guthier und Claus-René Schick sowie Schülerinnen und Schüler des Leistungskurses Sozialkunde des Nordpfalzgymnasiums Kirchheimbolanden.

**Vor Eintritt** in die Beratungen:

**Punkte 7, 10, 11 und 12** der Tagesordnung:

**7. Ermäßigtes Deutschlandticket für Studierende**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP

- [Vorlage 18/5042](#) - [\[Link zum Vorgang\]](#)

**10. Einsparungen bei der Finanzierung digitaler Angebote an der Universität Trier**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der CDU

- [Vorlage 18/5136](#) - [\[Link zum Vorgang\]](#)

**11. Beschäftigung von studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften in Rheinland-Pfalz**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der CDU

- [Vorlage 18/5137](#) - [\[Link zum Vorgang\]](#)

**12. Tarifabschluss der Länder: Regelung der Arbeitsbedingungen der studentischen Beschäftigten**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP

- [Vorlage 18/5147](#) - [\[Link zum Vorgang\]](#)

*Die Anträge sind erledigt mit der Maßgabe schriftlicher Berichterstattung gemäß § 76 Abs. 2 Satz 3 GOLT.*

**Punkt 1** der Tagesordnung:

**Vorstellung des neuen Kaufmännischen Vorstands der Universitätsmedizin**

**Frau Dr. Waltraud Kreutz-Gers und des Medizinischen Vorstands Herrn**

**Prof. Dr. Ralf Kiesslich**

Antrag nach § 76 Abs. 4 GOLT

Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit

- [Vorlage 18/5125](#) - [[Link zum Vorgang](#)]

**Staatsminister Clemens Hoch** berichtet, im vergangenen Jahr habe die Landesregierung den Landtag schon schriftlich unterrichtet, wie die Neuaufstellung an der Universitätsmedizin Mainz vonstattengehe. Professor Dr. Ralf Kiesslich habe im Januar 2024 das Amt des Vorstandsvorsitzenden und Medizinischen Vorstands und Dr. Waltraud Kreutz-Gers im November 2023 das Amt der Kaufmännischen Vorständin übernommen. Da er wisse, dass die Ausschussmitglieder der Universitätsmedizin Mainz sehr verbunden seien, wolle er Gelegenheit geben, einen persönlichen Eindruck zu erhalten und sich auszutauschen.

Er selbst habe den Aufsichtsratsvorsitz zum Jahreswechsel auch im Hinblick auf die Neuaufstellung übernommen. Der neue Aufsichtsrat, dem unter anderem der Finanzstaatssekretär neu angehöre, sei zu einer ersten Sondersitzung zu Beginn des Jahres zusammengekommen.

Eine Organisationsuntersuchung unter Zuhilfenahme von Roland Berger, die in Wechselwirkung mit der Universitätsmedizin und den Organen, aber auch seines Ministeriums umgesetzt werde, laufe. Enorme Herausforderungen an der Universitätsmedizin Mainz existierten insbesondere im Hinblick auf die Erlösentwicklung sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite. Es zeige sich an vielen Stellen, dass die Diskussionen um Krankenhäuser, wie sie den Abgeordneten aus ihren Wahlkreisen bekannt seien, immer potenziert in der Universitätsmedizin Mainz aufschlage, da es das größte und bestausgestattete Krankenhaus im Land sei.

Im laufenden Jahr und darüber hinaus werde die Umsetzung der Baumasterplanung, die die Universitätsmedizin verantworte, ein Thema sein. Die Landesregierung werde die Abgeordneten noch damit befassen wollen, das Universitätsmedizingesetz zu ändern. Entsprechende Vorbereitungen liefen im Ministerium. Das parlamentarische Verfahren werde hoffentlich vor der Sommerpause erreicht werden können.

Hinsichtlich eines neuen Wissenschaftlichen Vorstands laufe das Ausschreibungsverfahren noch bis Anfang Februar 2024. Eine Auswahlkommission sei gebildet worden. Die Organe würden sich dann damit beschäftigen, sodass möglichst zeitnah im Laufe diesen Jahres diese Position besetzt werden können. Die Universitätsmedizin sei aber jederzeit uneingeschränkt handlungsfähig. Wenn der Wissenschaftliche Vorstand aus Altersgründen am 1. April ausscheide, würden sich zwei Prodekane die Aufgaben teilen. Da das doppelte Integrationsmodell bestehe, sei für die Verantwortlichkeit im wissenschaftlichen Bereich auch ausreichend gesorgt.

**Dr. Waltraud Kreutz-Gers (Kaufmännischer Vorstand der Universitätsmedizin Mainz)** legt dar, sie sei Politikwissenschaftlerin und habe ein Verwaltungsreferendariat beim Land Nordrhein-Westfalen absolviert. Anschließend sei sie kurz bei einer Kreisverwaltung und dann fast nur noch im Wissenschaftsbereich tätig gewesen. Im Wissenschaftsministerium Nordrhein-Westfalen habe sie in der Gruppe für Hochschulmedizin angefangen, und das Thema der Hochschulmedizin ziehe sich durch ihr ganzes Arbeitsleben. Zehn der 20 Jahre im Ministerium sei sie Abteilungsleiterin für die Hochschulen und die Universitätskliniken des Landes Nordrhein-Westfalen sowie fünf Jahre lang Aufsichtsratsvorsitzende des Klinikums Essen gewesen.

In ihrer zehnjährigen Kanzlerschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz sei sie als geborenes Mitglied im Aufsichtsrat der Universitätsmedizin verbunden gewesen. Als sie gefragt worden sei, ob sie diese Aufgabe übernehmen wolle, habe sie sich verpflichtet und herausgefordert gefühlt. Sie sei seit 1. November 2023 an der Universitätsmedizin beschäftigt und habe schon fundierte Eindrücke gewonnen. In der kurzen Zusammenarbeit mit Herrn Kiesslich habe sie festgestellt, dass dies sehr gut funktioniere.

**Prof. Dr. Ralf Kiesslich (Vorstandsvorsitzender und Medizinischer Vorstand der Universitätsmedizin Mainz)** führt aus, er sei überzeugter Mainzer, aber in Wiesbaden geboren. Er habe eine tiefe Verbundenheit zur Universitätsmedizin Mainz, weil er dort als Internist und Gastroenterologe ausgebildet worden sei. Er habe dort auch seine Habilitation erfahren dürfen und eine Stiftungsprofessur verliehen bekommen. Schon damals sei translationale Forschung – also Forschung, die zunächst an der Laborbank entstehe, dann ausprobiert und zum Menschen getragen werde – durchaus fruchtreich gewesen; denn zwei Universitäten – die Johns Hopkins University und eine Universität in China – hätten als Partneruniversitäten diese Forschung weiter unterstützt.

Anschließend sei er nach diesem ärztlichen universitären Bereich fast zehn Jahre bei Fresenius Helios – zunächst als Chefarzt der Inneren Medizin und Gastroenterologie und ab 2016 als Ärztlicher Direktor – beschäftigt gewesen. In der Coronakrise habe er sehr viel mehr Verantwortung übernehmen dürfen. In Hessen habe er das Versorgungsgebiet 5 mit der Koordination von 18 Kliniken verantwortet. Über diese Erfahrung habe er den Weg gefunden, Geschäftsführer für die Helios Dr. Horst Schmidt Kliniken, ein Haus der Maximalversorgung in der Landeshauptstadt Wiesbaden, zu werden. Für drei weitere Kliniken sei er auch zuständig gewesen.

Als er im April gelesen habe, dass die Position an der Universitätsmedizin Mainz möglich geworden sei, habe er sich beworben, da es drei Voraussetzungen zu erfüllen gegolten habe: erstens Universitätsprofessor zu sein, zweitens Bauerfahrung – in Wiesbaden stehe auch ein Neubau, der bald bezogen werden solle – und drittens Managementenerfahrung und Lust, Strukturen neu zu definieren. Zum 1. Januar 2024 habe er seine Position angetreten, und er arbeite sehr gerne auch mit Staatsminister Hoch als Aufsichtsratsvorsitzendem zusammen.

Es müsse viel angepackt werden. Die Universitätsmedizin habe es auch verdient, weil sie sehr viele Möglichkeiten und Sicherheit nicht nur in der Stadt, sondern auch in der ganzen Region biete. Das Defizit sei schon angesprochen worden, aber es gehe auch um die Entwicklung neuer Forschungsansätze, gerade beim Thema der personalisierten Medizin. Zur Reevaluierung mit Blick

auf das Onkologische Spitzenzentrum werde im April nach Bonn gefahren und die Gutachter schauten dann, ob der Weg weitergehe. Er sei optimistisch, aber es gelte beides zu machen: auf der einen Seite Spitzenmedizin und auf der anderen Seite der Umgang mit dem Defizit und eine bessere Balance zwischen Gesundheitsökonomie und Spitzenmedizin. Wenn das gelänge, wären alle glücklich.

**Abg. Gerd Schreiner** bemerkt, fraktionsübergreifend könne festgestellt werden, die Universitätsmedizin sei zunehmend in ruhigeren Fahrwassern, was den Patientinnen und Patienten, Forscherinnen und Forschern, allen Mitarbeitenden und auch den Abgeordneten gewünscht werde. Die Universitätsmedizin sei in jeder Hinsicht die wertvollste Tochter des Landes Rheinland-Pfalz.

Ferner bestehe fraktionsübergreifend die Bitte, den Kontakt zu den Abgeordneten zu suchen. Für ihn als Abgeordneten, der auch viele Jahre Haushaltspolitik verantwortet habe, sei sehr wichtig, transparent zu wissen, was und wie viel die Universitätsmedizin brauche. Eine Anregung sei, zum Beispiel bei einer auswärtigen Sitzung in der Universitätsmedizin Gelegenheit zu haben, unterschiedliche Meinungen zu erfahren, zumal wenn es die Notwendigkeit des Parlaments gebe zu sagen, dass es vielleicht wichtig sei, nach Wegen zu suchen und ein Zeichen zu setzen.

Das große Thema des Baus sei angesprochen worden. Eine aktuelle Baumaßnahme sei mit 2,3 Milliarden Euro kalkuliert, wobei es abgerechnet wahrscheinlich 3 Milliarden Euro würden. Bei der Universitätsmedizin und auf dem Campus seien Erfahrungen mit Bauten im Zeit- und Kostenrahmen, die zur Zufriedenheit der Nutzer fertiggestellt seien, aber auch gegenteilige Erfahrungen gemacht worden.

Die Abgeordneten müssten wissen, ob sie dann irgendetwas tun könnten. Wenn Regeln dazu führten, dass etwas schwierig sei, dann müssten sie geändert werden. Dazu müssten die Abgeordneten aber wissen, an welcher Stelle sie die Regeln ändern müssten.

Eine Novelle des Universitätsmedizingesetzes stehe, wie bereits gehört, bevor. Beim letzten Mal habe es viele Diskussionen vor allem zur Rolle der unterschiedlichen Vorstände gegeben. Auch hier bestehe der Wunsch nach einem transparenten Austausch, was gebraucht werde, damit effektiv gearbeitet werden könne.

**Abg. Dr. Katrin Rehak-Nitsche** zeigt sich erfreut über den schon bestehenden Austausch und über die Motivation und Kompetenz, die in der Universitätsmedizin Einzug hielten. Sicherlich werde es nicht langweilig werden. Hinsichtlich des Baus solle es das modernste und nachhaltigste Universitätsklinikum in Deutschland und vielleicht in Europa werden.

Sie selbst komme aus der Südpfalz, und sie wisse, dass die Universitätsmedizin Mainz einen hervorragenden Ruf habe. Es sei nicht immer schön, wenn man ernsthaft krank sei und dorthin müsse, aber dann werde einem auf jeden Fall geholfen. Dies sei nicht erst so seit der Corona-Pandemie, während der hervorragende Arbeit geleistet worden sei.

Ein regelmäßiger Austausch mit den Verantwortlichen in der Universitätsmedizin habe schon immer bestanden, was sehr gern fortgeführt werde.

**Prof. Dr. Ralf Kiesslich** erwidert, alle wünschten sich Transparenz, Vereinfachung und bessere Funktionalität. Dazu würden auch neue Kommunikationsformate eingeführt. Am Anfang sei nicht geglaubt worden, dass mit Klinikdirektoren geredet werden könne. Seit diesem Tag gebe es das Videoformat „Inside Universitätsmedizin Mainz“, in dem er über Medizin spreche und die Menschen einen Einblick erhielten. Sie sollten wieder mehr Vertrauen haben, dass sich mit dem Thema der Medizin mehr als mit Streitigkeiten beschäftigt werde. In der ersten Folge spreche er mit Professor Lurz.

Beim Universitätsmedizingesetz würden gemeinsam abgestimmt Akzente gegeben werden. Auch dabei werde sich über den Dialog gefreut. Es brauche Reformierung, gerade im Bereich der Pflege. Die Pflege wolle viel sichtbarer werden, und es bestünden Überlegungen, dem Pflegevorstand mehr Kompetenz einzuräumen. Auf den Referentenentwurf und die gemeinsame Gestaltung werde sich gefreut.

Wenn etwas gewusst oder die Universitätsmedizin besucht werden wolle, werde dies sehr gern auch in diesem Kreis transparent angeboten.

Mit Blick auf die anwesende Schulklassen sei zu sagen, dass in der Universitätsmedizin tolle Ausbildungsmöglichkeiten existierten. Über 700 Auszubildende interessierten sich für medizinische Berufe. Rundgänge würden gern angeboten.

**Dr. Waltraud Kreutz-Gers** fügt zum Thema „Bau“ hinzu, an der Johannes Gutenberg-Universität sei es eine andere Dimension als bei der Universitätsmedizin gewesen. In vielen anderen Bundesländern existierten große Vorhaben im Universitätsklinikbau. Sie könnten als gutes wie als schlechtes Beispiel dienen. Es werde gut daran getan sich umzusehen, was anderswo gut und nicht so gut gelaufen sei. Eine solche große Maßnahme brauche auch das Neuschaffen von Regeln.

**Vors. Abg. Marion Schneid** hält fest, große Herausforderungen und Aufgaben lägen vor der Universitätsmedizin. Dazu würden viel Erfolg, aber auch die notwendige Freude und guten Ideen gewünscht, um es zu meistern. Auf die Zusammenarbeit und den Dialog werde sich gefreut.

*Der Antrag ist erledigt.*

**Punkt 2** der Tagesordnung:

**Berücksichtigung gesellschaftlicher Wechselwirkungen bei der Umsetzung der KI-Agenda in Rheinland-Pfalz**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der SPD

- [Vorlage 18/4824](#) - [[Link zum Vorgang](#)]

**Abg. Dr. Katrin Rehak-Nitsche** führt zur Begründung aus, künstliche Intelligenz sei ein wichtiges Thema, das in den letzten Monaten nochmal mehr Schwung bekommen habe. Im Koalitionsvertrag sei schon festgeschrieben, dass die Forschungsaktivitäten insbesondere im angewandten Bereich verstärkt werden wollten.

KI-Systeme seien soziotechnische Systeme, die aus den Wertesystemen und den gesellschaftlichen Gegebenheiten heraus entwickelt würden und dann auch wieder Auswirkungen auf diese hätten. Insofern sei es wichtig, dies in den Blick zu nehmen. Mit dem Koalitionsvertrag sei sich vorgenommen worden, einen Blick darauf zu richten, welche gesellschaftlichen Wechselwirkungen oder ethischen Fragestellungen mit voranschreitender KI-Forschung auftauchten.

In den letzten Wahlkämpfen habe international gesehen werden können, dass KI zum Beispiel große Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben, demokratische Entwicklungen und Wahlen habe. Vor diesem Hintergrund werde die Landesregierung um einen Bericht zur Umsetzung der KI-Agenda gebeten.

**Staatsminister Clemens Hoch** berichtet, nicht nur im Bereich der Universitätsmedizin existierten viele tolle Ausbildungsplätze, sondern im Land auch viele tolle Studienplätze zu den Zukunftstechnologien. Rheinland-Pfalz sei dank des Standorts des DFKI in Kaiserslautern hinsichtlich KI das Silicon Valley in Deutschland.

Als die Forschenden in Kaiserslautern begonnen hätten, sich mit dem Thema der Künstlichen Intelligenz zu beschäftigen, habe sich überhaupt nicht vorgestellt werden können, wie allgegenwärtig KI im Jahr 2024 bereits sein werde. Das betreffe Spracherkennung, die Nutzung von Suchmaschinen, Navigation, aber auch die Nutzung eines Smartphones. Auch die Wetterprognosen seien nicht mehr ohne Elemente der KI möglich; denn die immer größeren und genaueren Datenmengen müssten auch interpretiert werden.

Vor allem würden enorme Chancen in der Wechselwirkung und dem Einsatz von KI in der Biotechnologie und in der Medizin gesehen. Dies sei gängige Praxis, aber die beiden Leuchttürme in Mainz und Kaiserslautern lohne es sich auch zusammenzubringen.

Ein solches besonders spannendes Projekt im Rahmen der KI-Agenda sei das Zukunftscluster curATime, zu dem ein Symposium am 6. Februar 2024 stattfinden werde. Es handele sich um ein Gemeinschaftsprojekt des DFKI, der Universitätsmedizin und TRON. KI-getriebene Biomarkerforschung werde mit immunologischen Lösungsansätzen vereint, um individuell ausgerichtete Behand-



lungs- und Präventionskonzepte für kardiovaskuläre Erkrankungen zu entwickeln und in die klinische Anwendung zu bringen.

Die großen Erfolge, die in den verschiedensten Forschungs- und Technologiebereichen hätten verzeichnet werden können, lägen auch daran, dass kontinuierlich in beiden Projekten die Forschungsförderung in den letzten Jahren daran ausgerichtet worden sei.

Die KI-Agenda – mit Maßnahmen zu KI und dem Nukleus von Kaiserslautern es im Land auszubauen und in der Fläche voranzubringen – habe Malu Dreyer im September 2020 vorgestellt. Deswegen habe sich im Koalitionsvertrag die Wissenschaftslandschaft niedergeschlagen. Es gehe einerseits um Wechselwirkungen mit dem gesellschaftlichen Bereich, aber vor allem auch um Fragestellungen der nachhaltigen Entwicklung und Wechselwirkungen mit dem industriell-mechanischen Bereich.

Ende 2020 seien deshalb KI-Botschafter, Professorin Zweig von der RPTU und Professor Dengel vom DFKI, berufen worden. Frau Zweig sei berufen worden, weil sie insbesondere herausragende Expertise im Bereich KI und Ethik habe. Ihre beiden Bücher seien eine kurzweilige und lohnenswerte Lektüre. KI-Lotsin sei Professorin Schöbel vom ITWM in Kaiserslautern, die sich vor allem den Wechselwirkungen zwischen künstlicher Intelligenz und Mobilität widme; denn KI könne für den Mobilitätsbereich enorme Verbesserungen bei der Lenkung von Verkehrsströmen bewirken und dazu beitragen, dass die Klimaziele im Verkehrssektor schneller erreicht würden.

Daneben seien zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses fünf KI-Forschungskollegs mit einer Summe von 3,7 Millionen Euro bewilligt worden. Exemplarisch sei Data2Health, vertrauenswürdige Datenanalysen für das Gesundheitswesen, zu nennen. Es handele sich um ein Gemeinschaftskolleg der Universität Koblenz und der Hochschule Koblenz mit neuen Ansätzen zur vertrauenswürdigen Übertragung, Bereitstellung, Voraussage und Analyse von Daten im Gesundheitswesen. Dazu gehöre die Präzisionsmedizin.

Den Universitäten seien als weitere Teilmaßnahme etwa 3 Millionen Euro für die Förderung des KI-Nachwuchses zur Verfügung gestellt worden. In den Forschungsarbeiten werde sich dabei Fragen gewidmet, die für die Gesellschaft die Erkenntnisse lieferten. Zum Beispiel gehe es darum, die molekularen oder zellbiologischen Grundlagen der Verschlechterung des Immunsystems bei älteren Menschen oder die KI-basierte Optimierung von Therapieansätzen zu erforschen.

Im Rahmen der Strategie sei auch in Aussicht gestellt worden, bis zu zehn Professoren in diesem Bereich zu berufen. Bislang seien acht – dreimal RPTU, einmal TH Bingen, zweimal JGU und zweimal Hochschule Worms – zugewiesen. Ende Februar sei die Gründung der KI-Allianz Rheinland-Pfalz erfolgt. Sie sei ein Baustein innerhalb der KI-Agenda und bündele die Aktivitäten der Universitäten und Hochschulen.

Im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung sei es um die möglichen gesellschaftlichen und ethischen Auswirkungen gegangen. So habe Professor Marx von der TH Bingen zum Thema „Clickworker als prekär Beschäftigte des heutigen Informationszeitalters“ vorgetragen. Professor Reinhardt von der Hochschule Mainz habe mit Explainable AI den wichtigen Aspekt der Nachvollziehbarkeit von KI und

damit das Vertrauen in KI thematisiert. In den allermeisten Fällen sei nicht genau klar, wie KI zu dem Ergebnis gekommen sei.

Im Land würden außerdem die KI-Labs aufgebaut, wozu EFRE-Mittel vorgesehen seien. Der früheste Förderstart werde erst im Laufe des Jahres erfolgen; Bewilligungs- und Auszahlungszeiträume dauerten immer ein bisschen bei EFRE.

Dass die Relevanz nach ethischen Aspekten und die gesellschaftliche Relevanz kontinuierlich mitgedacht würden, zeigten zwei Veranstaltungen des vergangenen Jahres. Bereits im Februar 2023 hätten sich an der JGU bei der Veranstaltung „Künstliche Aufregung oder Disruption? KI in der Hochschulbildung: Zwischen Hoffnung, Hype und Risiko“ Expertinnen und Experten vor allem über ChatGPT und dessen Auswirkungen auf Lehre, Forschung und Gesellschaft ausgetauscht.

Im Oktober 2023 sei der Vernetzungsworkshop „KI trifft Biotechnologie – wo Wissenschaft und Unternehmen Zukunft gemeinsam gestalten“ vom Ministerium in Zusammenarbeit mit der Akademie der Wissenschaften und Literatur gehostet worden. Federführend sei Professor Paul als Professor für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin gewesen. Dabei sei es um die Fragestellung der ethischen Dimension der KI und der Biotechnologie gegangen.

Beispielsweise werde heute bei manchen Erkrankungen vor allem im Tumorbereich gewusst, dass die KI das sehr viel besser als der Mensch in der Bildgebung voraussagen könne. Trotzdem gebe es therapeutische Ansätze, die erst innerhalb der Operation erfolgen könnten und bei denen ein Arzt die Letztentscheidung haben müsse. Dabei stelle sich die Frage, ob einfach der KI vertraut werde und wie kontrolliert werden könne, dass die KI zu richtigen Ergebnissen gekommen sei, obwohl gewusst werde, dass die KI statistisch gesehen bessere Ergebnisse als der Mensch liefere. In der Fachdiskussion sei es im Moment das, was mit gesellschaftspolitischen Wechselwirkungen besonders betrachtet werde.

**Abg. Dr. Matthias Reuber** legt dar, KI betreffe viele Bereiche, darunter Gesundheit und Mobilität, und werde einen die nächsten Jahre noch viel stärker begleiten. Es sei wichtig zu verstehen, wie KI zu Entscheidungen komme und wie diese Entscheidungen bewertet werden könnten. In der vergangenen Sitzung des Bildungsausschusses sei thematisiert worden, dass die lehramtsbezogenen Bachelor- und Masterstudiengänge überarbeitet und im Zuge der Digitalisierung neue Inhalte integriert worden seien. Es stelle sich die Frage, wie die Landesregierung mit der rasanten Entwicklung der KI Schritt halten wolle und ob Studiengänge in regelmäßigen Abständen überarbeitet werden sollten.

**Staatsminister Clemens Hoch** erwidert, es müsse aufgepasst werden, dass KI nicht mit Inhalten gleichgesetzt werde, weil sie die bisher gekannten Dimensionen übersteige. Der Einsatz von KI sei zunächst ein Hilfsmittel. Bei lehramtsbezogenen Studiengängen sollten Methoden der Didaktik und Inhaltliches vermittelt werden. Dazu gehöre, mit den technischen Möglichkeiten vertraut zu sein. In Fragen der Digitalisierung sei es im begrenzten Umfang erreicht worden mitzuhalten.

Mit Blick auf die rasante Geschwindigkeit bei KI und vor allem das Einsehen, dass deren Ergebnisse so gut seien, dass sie nicht von der Kreativität und Intelligenz des Menschen unterschieden werden

könnten, müsse didaktische Lehre eine Wechselwirkung entfalten. Es wolle beigebracht werden, dass Hilfsmittel nicht ausgeblendet, sondern benutzt werden sollten sowie die Risiken mit bedacht würden.

In der Schule sei die Richtigkeit von Wikipedia-Einträgen in den letzten Jahren ein großes Thema gewesen. Es sei sich darauf eingestellt worden, dass es ein gutes Hilfsmittel sei, aber es müsse gegengecheckt werden. Bei KI sei dies noch einmal potenziert, weil Menschen gelernt hätten, beim gesprochenen oder gelesenen Wort, aber nicht beim Gesehenen misstrauisch zu sein. Letzteres könne nun KI täuschend echt substituieren. Die besondere Herausforderung sei, diese Methodik in allen Fächergruppen zu übersetzen. Der Wettlauf werde aber verloren, wenn er technisch angelegt werde.

**Abg. Dr. Katrin Rehak-Nitsche** hält es für notwendig, zwischen dem Einsatz in den Fachdisziplinen und der Metaebene zu differenzieren. In den Fachdisziplinen – sei es Biotechnologie, Informatik oder Dolmetschen und Übersetzen – habe es zum Teil schon seit vielen Jahren Einzug gehalten. Gleichzeitig sei sich dankenswerterweise auf den Weg gemacht worden, es auf der Metaebene zu diskutieren und die Frage zu stellen, was es für die Ausbildung und Lehre heiße.

Mit der Veröffentlichung von ChatGPT hätten Interessierte in den Hochschulen Workshops für den Austausch und Umgang mit KI gebildet. Es sei sehr gut, dass die Diskussion schnell Fahrt aufgenommen habe. Lehramtsstudierende könnten jetzt erst damit ausgebildet werden. Kinder und Jugendliche würden damit aufwachsen, und es sei wichtig, die entsprechenden Kompetenzen zu vermitteln. Dies müsse immer aktuell geschehen, wozu sie großes Vertrauen in die Hochschulen habe, da sie Innovationsökosysteme seien, die mit weiteren Fortschritten umgehen könnten.

**Abg. Joachim Paul** zeigt sich besorgt, dass angesichts der Summen, die in den USA und China in diese Forschung investiert werde, ins Hintertreffen geraten werde. In den Publikationen von Frau Zweig gehe es um die Folgenabschätzung ethischer Art von KI, was sehr interessant sei. In Europa werde eher der Ansatz vertreten, erstmal die Gefahren abzuschätzen, und weniger das Augenmerk darauf zu legen, was KI bringen könne. Aleph Alpha dürfte das einzige Unternehmen sein, das in der ersten Liga mitspiele. Deren Finanzvolumen für die Forschung sei respektabel, aber vergleichsweise klein. Ihm sei auch die Initiative LEAM vom KI Bundesverband bekannt.

Die Landesregierung werde um Einschätzung gebeten, ob Marktanteile und Entwicklungschancen verloren gingen und Deutschland hinsichtlich dieses Handlungsfelds der Abstieg drohe.

**Staatsminister Clemens Hoch** erwidert, beim Einsatz von KI bei Sprachmodellen und KI-basierter Suchmaschinenoptimierung könne in Deutschland nur ein Unternehmen mithalten. Diese Schwerpunktsetzung sei woanders erfolgt. Die Gründer von ChatGPT seien laut Berichterstattung überrascht gewesen, wie disruptiv ihre Erfindung gewesen sei.

Bei KI-Anwendungen in der Bildgebung und im medizinischen Bereich sowie bei Smart Factory sei Deutschland weltweit führend. Dies werde nicht so wahrgenommen, weil es nicht diese Alltags-tauglichkeit habe.

In Deutschland sei die Verwendung von KI vor allem bei Sprachmodellen und der Nutzung von Gesundheitsdaten aufgrund des implementierten Datenschutzniveaus schwieriger. Es werde dazu in einen politischen Diskurs eingetreten werden müssen. Im Bundesrat stehe das Gesundheitsdatennutzungsgesetz auf der Tagesordnung, was ein Anfang sei. Solange es im angelsächsischen oder amerikanischen Raum so leicht sei, gigantische Datenmengen anzuhäufen und kommerziell zu analysieren, werde dort bei Sprachmodellen immer ein Vorteil bestehen.

Es habe einen guten Grund, warum in Deutschland etwas mehr Vorsicht bei der Anhäufung und Analyse von Daten bestehe. Es gehe in weiten Teilen auch zu weit, aber es werde gut daran getan, eine vernünftige Balance zu finden.

**Abg. Dr. Herbert Drumm** bemerkt, die Entwicklung gehe ungeheuer schnell und werde den Menschen an vielen Stellen überrennen. Die Schnelligkeit führe dazu, dass ständig überlegt werden müsse, was die Hauptziele seien, die künftigen Lehrern vermittelt und an den Schulen weitergegeben würden. Dies müsse ständig überprüft werden. In absehbarer Zeit sollte angefangen werden zu überlegen, was in den nächsten zehn Jahren gebraucht werde und wie sich die Lehrerausbildung ändern müsse.

**Vors. Abg. Marion Schneid** hält es aufgrund der Schnelligkeit für eine Herausforderung, dass Menschen handlungsfähig seien und einschätzen könnten, was KI und was Realität sei.

*Der Antrag ist erledigt.*

**Punkt 3** der Tagesordnung:

**Einwerbung von Drittmitteln**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der FDP

- [Vorlage 18/4948](#) - [[Link zum Vorgang](#)]

**Abg. Philipp Fernis** führt zur Begründung aus, von Interesse sei die Drittmittelentwicklung an den rheinland-pfälzischen Hochschulen, die ein wichtiges Feld der Finanzierung und ein Ausfluss des Umfangs der Zusammenarbeit mit externen Partnern sei.

**Staatsminister Clemens Hoch** berichtet, er habe nun die Chance nachzureichen, was der Landesregierung bisher habe unterbleiben müssen, weil die Daten des Statistischen Landesamts für das Jahr 2022 bei der Kleinen Anfrage des Abgeordneten Fernis noch nicht vorgelegt hätten.

Bei den wissenschaftlichen Einrichtungen in staatlicher Trägerschaft beliefen sich die Drittmittel insgesamt auf 323,8 Millionen Euro, was 11,3 Millionen Euro oder 3,6 % mehr als im Vorjahr seien. Das Allermeiste entfalle auf die vier Universitäten, bei denen die Drittmiteleinnahmen um 4,9 Millionen Euro auf 281,8 Millionen Euro gestiegen seien, was eine Steigerung von 1,8 % sei. Hinsichtlich Wechselwirkungen der Hochschulen für angewandte Wissenschaften mit der heimischen Wirtschaft seien die Drittmiteleinnahmen auf 42 Millionen Euro gestiegen, was 6,4 Millionen Euro oder 17,9 % mehr als im Vorjahr seien.

In der Gesamtschau und mit Blick auf einen Fünfjahreszeitraum ergebe sich für alle Hochschulen eine kontinuierliche Steigerung der Drittmiteleinnahmen von durchschnittlich 5,6 % pro Jahr. Während die durchschnittliche Steigerung bei den Universitäten 4,7 % gewesen sei, betrage sie bei den Hochschulen für angewandte Wissenschaften sogar 12,8 %. In dem Fünfjahreszeitraum hätten die Einwerbungen der Hochschulen insgesamt um 63,1 Millionen Euro, also 24,1 %, gesteigert werden können.

Seit 2019 überschritten die Hochschulen für angewandte Wissenschaften mit ihren Drittmiteleinnahmen die Marke von 35 Millionen Euro und im Jahr 2022 erstmals 40 Millionen Euro. Zurückzuführen sei diese erfreuliche Entwicklung auf die zunehmende Zahl forschungsaktiver Personen infolge der auf Langfristigkeit angelegten Förderung unter anderem durch die Forschungsinitiative bzw. die Förderung über Forschungskollegs.

Hinsichtlich der Johannes Gutenberg-Universität Mainz hätten sich die Drittmiteleinnahmen im Jahr 2022 auf 166,1 Millionen Euro belaufen, wovon circa 100 Millionen Euro auf den Campus und 65,5 Millionen Euro auf die Universitätsmedizin entfielen. Den größten Zuwachs bei den Drittmiteleinnahmen bei den Universitäten hätten die TU Kaiserslautern und die Universität Koblenz-Landau, die für das Jahr 2022 noch in dieser Konstellation geführt worden seien, gehabt. Bei der TU Kaiserslautern habe es eine Steigerung um 13 Millionen Euro oder 19,6 % auf 79,5 Millionen Euro und bei der Universität Koblenz-Landau auf 20,7 Millionen Euro, was eine Steigerung von 42,7 % sei, gegeben.

Die wenigsten Drittmiteinnahmen habe die Universität Trier mit 15,5 Millionen Euro gehabt. Die Hochschule Trier habe besondere Fortschritte gemacht, da sie mit 15,8 Millionen Euro – eine Steigerung von 45 % – erstmalig mehr Drittmiteinnahmen als die Universität Trier gehabt habe. Die Hochschule Koblenz habe Drittmiteinnahmen von 8 Millionen Euro und die Hochschule Kaiserslautern von 6,9 Millionen Euro gehabt.

Die Landesregierung empfinde die Entwicklung als sehr erfreulich und hoffe, dass sie so anhalte. Es zeige auch, dass es positive Effekte in der Profilbildung der Hochschulen gebe, vor allem im Hinblick auf die Einwerbung von Sonderforschungsbereichen der DFG. Das zeige die herausragende wissenschaftliche Leistung. Die Zahl der Sonderforschungsbereiche in Rheinland-Pfalz sei in den letzten Jahren deutlich gesteigert worden. Es seien 19 Sonderforschungsbereiche unter Federführung oder Beteiligung der Johannes Gutenberg-Universität und der RPTU. Bemerkenswert sei auch, dass von den aktuell 19 geförderten Sonderforschungsbereichen seit 2021 insgesamt sieben neu eingerichtet worden seien. Trotzdem müsse immer mit Schwankungen gerechnet werden, weil manchmal die Verträge mit Drittmittelgebern ausliefen.

Relativ viel Potenzial werde in den EU-Programmen gesehen, vor allen in den ERC-Verbänden mit den kleinen und mittelständischen Unternehmen. Dort würden die Universitäten, aber auch die Hochschulen für angewandte Wissenschaften im Lead gesehen, weil dafür Transferangebote gefordert seien.

Auf Grundlage der neuen Bund-Länder-Vereinbarung zur Forschung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften hätten die Hochschulen die Möglichkeit, an den bis 2030 zur Verfügung stehenden Mitteln in Höhe von 500 Millionen Euro bundesweit zu partizipieren. Offen sei im Moment immer noch, welche Chancen die Deutsche Agentur für Transfer und Innovation bringen werde.

Sowohl die Johannes Gutenberg-Universität als auch die RPTU Kaiserslautern-Landau hätten durch die starke Landesförderung eine gute Basis, über die aktuell in der Begutachtung befindlichen Antragskizzen eine weitere Fortsetzung des laufenden Mainzer Exzellenzclusters und weitere Förderung in der Exzellenzstrategie zu erhalten. Am 2. Februar 2024 werde mit den Hinweisen der Exzellenz-kommission gerechnet, wer mit welchen Anträgen zur Vollantragstellung aufgefordert werde. Drei Antragskizzen seien im Wettbewerbsverfahren.

**Abg. Dr. Katrin Rehak-Nitsche** führt an, dieses positive Bild zeige, dass die Forschungsinitiativen und die Forschungskollegs gut funktionierten. Angesichts der Einführung des Promotionsrechts an Hochschulen sei dies ein gutes Signal; denn deren Rolle habe sich in den letzten Jahren sehr gewandelt.

Insbesondere die ERC Grants seien mit sehr hohem Renommee verbunden, und es kämen weitere Arten wie ERC Starting Grants oder ERC Advanced Grants hinzu. Zu fragen sei nach diesbe-züglichen Zahlen für Rheinland-Pfalz.

**Staatsminister Clemens Hoch** erwidert, an der Johannes Gutenberg-Universität seien es in den letzten Jahren 23 ERC Grants gewesen. Die Entscheidungsfindung sei wissenschaftsgeleitet, er dürfe aber dazu gratulieren.

**Staatsminister Clemens Hoch** sagt auf Bitte der **Abg. Dr. Katrin Rehak-Nitsche** zu, dem Ausschuss Zahlen zu ERC Grants nachzureichen.

**Abg. Dr. Matthias Reuber** merkt an, das Einwerben von Drittmitteln sei sehr wichtig, um die Grundfinanzierung angemessen aufzustocken und gute Forschung betreiben zu können. Ihm lägen die Zahlen des Statistischen Landesamts auch als Grafik vor, und der Anstieg über die Jahre sei beeindruckend.

Laut der Ausarbeitung des Statistischen Landesamts vom 9. September 2023 würden im Vergleich zu den anderen Bundesländern die Professorinnen und Professoren an den rheinland-pfälzischen Hochschulen seit Jahren unterdurchschnittlich Drittmittel ein. Auch 2021 habe Rheinland-Pfalz mit rund 148.000 Euro je Professorin bzw. Professor den letzten Platz belegt. Zu fragen sei, warum Rheinland-Pfalz bei den eingeworbenen Pro-Kopf-Drittmitteln so weit abgeschlagen auf dem hinteren Platz liege.

**Staatsminister Clemens Hoch** erläutert, dies werde seit Jahren diskutiert. Insbesondere aus historischen Gründen sei von unionsgeführten Bundesländern blockiert worden, dass die Mittel der Forschungsströme bei den Länderfinanzen nicht berücksichtigt würden. Drittmittel seien nicht nur privates Geld, sondern auch Förderungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Nach der sogenannten GWK-Liste sei Rheinland-Pfalz mit weitem Abstand beim Nettozufluss von öffentlichen Mitteln bei der Forschungsförderung das Schlusslicht, weil die Finanzströme der Bundesrepublik Deutschland in diesem Bereich historisch begründet in andere Länder wanderten. Dies seien vor allem Baden-Württemberg und Bayern sowie zum Beispiel mit Blick auf Pro-Kopf-Drittmittel Bremen, weil sie ein paar Forschungsanlagen mit sehr teuren Förderungen hätten.

Wenn öffentliche Förderung mit Drittmitteln stattfinde, sei es häufig auch eine Wechselwirkung hinsichtlich privater Nebendrittmittelförderung. Deswegen werde sehr dafür gekämpft, dass an anderen Stellen an der öffentlichen Drittmittelförderung Teilhabe bestehe. Dies gelinge sukzessive, aber noch nicht zufriedenstellend, auch wenn die rheinland-pfälzischen Hochschulen in den letzten Jahren viel dafür getan hätten.

**Staatsminister Clemens Hoch** bietet an, weitere Informationen zu Drittmitteln sowie die GWK-Liste zur Verfügung zu stellen.

**Abg. Gerd Schreiner** bemerkt, in der genannten Grafik stehe Sachsen an der Spitze. Wenn 267.000 Euro in Sachsen und nur 148.000 Euro in Rheinland-Pfalz eingeworben würden, dann sei dies dramatisch. Die Landesregierung sollte sich damit beschäftigen, was getan werden könne, damit Rheinland-Pfalz besser dastehe.

**Staatsminister Clemens Hoch** entgegnet, Sachsen habe nach der Wiedervereinigung vor allem bei Ingenieursstudiengängen einen Schwerpunkt gesetzt. In Rheinland-Pfalz liege an allen Universitäten ein Schwerpunkt auf geisteswissenschaftlichen Studiengängen.

Mit ein bisschen Vorbereitung könne gern in eine fundiertere Analyse eingestiegen werden, weil die GWK die Mittelflüsse sehr transparent aufarbeite.

Dass in Rheinland-Pfalz prozentual die Studierendenzahlen zurückgingen, liege auch daran, dass die Rechtswissenschaften einbrächen, in denen Rheinland-Pfalz sehr stark gewesen sei, während Länder mit einem Schwerpunkt auf Ingenieurwissenschaften eher einen inneren Austausch – zum Beispiel von Maschinenbau hin zu Informatik – hätten. Es sei eine Grundsatzentscheidung, die in der Ausrichtung getroffen werden müsse, aber auch ein Stück weit von der Hochschulautonomie determiniert sei.

**Abg. Dr. Herbert Drumm** führt an, bei Mitteln von privater Seite könne es sein, dass diese versuche, auf Forschungsprojekte Einfluss zu nehmen. Es werde um Auskunft gebeten, ob dazu von staatlicher Seite Einflussmöglichkeiten bestünden oder dies den Universitäten und Hochschulen überlassen sei.

**Staatsminister Clemens Hoch** erwidert, er wisse nicht, ob es besser wäre, wenn der Staat Einfluss auf Forschungsergebnisse nehmen könne. Das beschriebene Störgefühl käme nur dann, wenn der Geldgeber Einfluss auf das Ergebnis nähme. Privates Kapital wolle eingeworben werden, um Forschungsschwerpunkte zu bilden. Solange ergebnisoffen geforscht werde, sei Auftragsforschung durchaus ein legitimes Mittel, Forschungsschwerpunkte zu bilden.

**Abg. Dr. Katrin Rehak-Nitsche** plädiert dafür, bei den Zahlen sehr genau hinzuschauen. Sicherlich könne immer etwas verbessert werden, nur sei auch die Frage, ob steigende Drittmittel immer wünschenswert seien. Bei den Naturwissenschaften stehe die Johannes Gutenberg-Universität bei der Einwerbung von Drittmitteln oft deutschlandweit im DFG-Ranking auf Platz 1. Auch hinsichtlich des Umwelt-Campus Birkenfeld würden überdurchschnittlich Drittmittel eingeworben. Wichtig sei folglich, auf die Disziplinen und Standorte zu schauen.

In Rheinland-Pfalz existiere ein starker Anteil an Geisteswissenschaften, aber auch an Lehramtsausbildung, wofür von Natur aus nicht die höchsten Drittmiteleinahmen zu verzeichnen seien. Ferner seien Drittmittel kein Selbstzweck. Es gebe in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren sehr gute Beispiele für das sehr effektive Einsetzen von Forschungsmitteln, darunter die Impfung von BioNTech und die translationale Onkologie.

**Abg. Dr. Matthias Reuber** bekräftigt, es sollte sich künftig für ein realistisches Bild intensiver damit befasst und auch eine Analyse nach Fächergruppen vorgenommen werden. Auch das angesprochene Wanderungssaldo hänge damit zusammen.

**Abg. Joachim Paul** gibt zu bedenken, dass zum Beispiel bei der Genderforschung ein starkes politisches Movens dahinterstehe und diesbezüglich erhebliche Wachsamkeit bestehen müsse; denn die Setzung von Forschungsschwerpunkten werde schon von der Politik und damit auch der Parteipolitik beeinflusst. Gleichzeitig seien Drittmittel, solange es transparent geschehe, gut.



**Abg. Gerd Schreiner** hält fest, dass laut GWK die Bundesmittel für Sachsen 86.109.649 Euro und für Rheinland-Pfalz 85.590.844 Euro betragen.

*Der Antrag ist erledigt.*

**Punkt 4** der Tagesordnung:

**Aufbau eines klinischen Studienabschnittes in der Humanmedizin in Koblenz und universitätsmedizinische Anbindung des Bundeswehrzentralkrankenhauses in Koblenz und des Landeskrankenhauses AöR sowie weiterer Partnerkliniken**

Antrag nach § 76 Abs. 4 GOLT

Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit

- [Vorlage 18/5013](#) - [\[Link zum Vorgang\]](#)

**Staatsminister Clemens Hoch** berichtet, der limitierende Faktor bei den Medizinstudienplätzen sei das Krankenhausbett. Erfreulicherweise sei es gelungen, mit dem Medizincampus in Koblenz einen Beitrag zu leisten, die Anzahl der Medizinstudienplätze in Rheinland-Pfalz zu erhöhen. Gemeinsam mit dem Bundeswehrzentral Krankenhaus in Koblenz, aber auch dem Landeskrankenhaus in Andernach und der Universitätsmedizin in Mainz sei ein Letter of Intent gezeichnet worden, das künftig einen Medizincampus in Koblenz mit dislozierten Medizinstudienplätzen ab dem fünften Semester vorsehe.

Es sei ein Thema im Ausschuss gewesen, und Abgeordnete Köbberling sei eine treibende Kraft gewesen, dass dies in Koblenz möglich geworden sei.

Daneben werde es ein assoziiertes Abkommen zunächst mit dem Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein und dem Katholischen Klinikum Koblenz-Montabaur geben, weil die beiden Partner vor Ort – das Bundeswehrzentral Krankenhaus und das Landeskrankenhaus – ein großes Fächerspektrum, aber nicht alle notwendigen Ausbildungsfächer, zum Beispiel die Gynäkologie, abbildeten.

Am Medizincampus in Koblenz sollten bereits ab dem Wintersemester 2024/2025, also noch in diesem Jahr, die ersten Medizinstudierenden freiwillig ihr Studium im fünften Semester fortsetzen können. Niemand könne dazu verpflichtet werden, sondern es gehe zunächst freiwillig.

Mit der Stiftung werde ab dem Sommersemester 2025 in den planmäßigen Aufbau der Medizinstudienanfängerkapazitäten mit einer Steigerung von 450 auf 500 gekommen. Dabei solle der vorklinische Studienabschnitt in den Fachsemestern 1 bis 4 weiterhin in Mainz erfolgen. Zum klinischen Studienabschnitt, also 5. bis 10. Semester, wechselten die Studierenden dann nach Koblenz. Auf diese Weise könne dem Umstand Rechnung getragen werden, dass die Universitätsmedizin nur eine begrenzte Anzahl an Patientenbetten für die Ausbildung habe und die Kapazitätsgrenze schon überschritten sei. Diese zusätzlichen Medizinstudienplätze würden verhältnismäßig teuer erkauft.

Das erforderliche breite Fächerspektrum solle durch weitere klinische Partner abgedeckt werden. Es sei aber nicht auf diese genannten Partner limitiert. Wenn es sich etabliert habe, gebe es die Chance, das weiter in der Region auszudehnen. Er kenne auch kein Krankenhaus in der Region, das nicht Interesse an einer Mitwirkung hätte.

Die Planungen seien eine Aufgabe beachtlicher Größe. Es gebe einen großen Einsatz der Partnerkrankenhäuser, aber auch der Universitätsmedizin in Mainz, es alles gangbar zu machen. Der konkrete Arbeitsprozess werde durch eine Steuerungsgruppe begleitet, die vor allem administrative und strategische Entscheidungen treffe. Am kommenden Tag werde die Auftaktsitzung dieser Steuerungsgruppe stattfinden, damit es ab dem Wintersemester beginnen könne.

Neben dem organisatorisch-logistischen Aufwand würden für die anfallenden Kosten für den Ausbau der Vorklinik in Mainz, der Anbindung des Medizincampus Koblenz sowie eines eigenen möglichen Studiengangs für die Zukunft der Universität Mainz Mittel von mehr als 1 Million Euro und für den jährlichen Mehrbedarf für die Ausbildung in der Vorklinik 1,5 Millionen Euro Personalkostenbudget zur Verfügung gestellt.

Die Kosten der klinischen Ausbildung würden grundsätzlich von den beteiligten Krankenhauspartnern selbst getragen. Dabei bilde die Finanzierung des Lehreinsatzes aller Kooperationspartner das jeweilige Interesse am Aufbau des Studienangebots ab. Die Klinikpartner vor Ort hätten sich gemeinsam dazu entschieden, sich selbst einzubringen, sodass dem Land im klinischen Teil keine weiteren Kosten entstünden. Dies werde gerade eruiert. Alle Klinikpartner hielten an diesem Versprechen fest, und trotzdem müsse ein verhältnismäßiger Ausgleich hinbekommen werden.

Er sei sehr froh, dass in Koblenz vor allem die Bundeswehr als Partner des Landes zu diesem Fortschritt beitrage. Es bestehe die Absicht, das Angebot des Medizincampus in Trier auf weitere Semester auszudehnen. Alle Ergebnisse zeigten, dass der Klebeeffekt eintrete. Wenn hier ein Modell etabliert sei, dass auch aus der Ferne funktioniere, wolle es gerne sukzessive in Trier – auch wenn es ganz anders aufgestellt sei – auf die Semester 7 bis 10 ausgeweitet werden. Dazu sei die Landesregierung in Gesprächen und die Abgeordneten würden informiert, wenn dort vorangekommen werde.

Perspektivisch würde gern das Medizinstudium in Mainz so ausgeschrieben werden, dass schon zu Studienbeginn klar sei, welche Studierenden ab dem fünften Semester in Koblenz seien. Es existiere ein Bewerberüberhang, sodass keine Sorge bestehe, genügend Studierende für den Standort Koblenz zu haben.

**Abg. Dr. Anna Köbberling** legt dar, der angesprochene Klebeeffekt sei für Koblenz als eine Großstadt mit 113.000 Einwohnern und einem sehr großen Umland ein unglaublicher Gewinn, da es von dort aus nochmal ein kleinerer Schritt als von Mainz aus sei, in die Peripherie zu gehen.

Es sei nicht ohne Engagement des Landes für den Ausbau der Studienplätze in der vorklinischen Phase möglich. Außerdem hätten sich die Partner verpflichtet, in der klinischen Phase die Kosten selbst zu tragen. Dies zeige die Bereitschaft, an diesem Projekt mitzuwirken; denn in jeder Stunde, die in die Ausbildung investiert werde, könne sich nicht vollständig auf die ärztliche Leistung konzentriert werden.

Zu fragen sei nach der Zusammensetzung der genannten Steuerungsgruppe.

**Staatsminister Clemens Hoch** erwidert, in der Steuerungsgruppe seien die Universitätsmedizin Mainz auf Ebene des Dekans mit Mitarbeitenden, die Verantwortlichen im Landeskrankenhaus und im Bundeswehrzentral Krankenhaus sowie das Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit vertreten.

**Vors. Abg. Marion Schneid** hält es für unstrittig, dass die Anzahl der Medizinstudienplätze erhöht werden müsse. Deshalb sei es schön, dass der klinische Teil erweitert und die Zahl der Studienplätze um 50 erhöht werden könne.

**Abg. Dr. Matthias Reuber** hält fest, dass Abgeordneter Dr. Gensch künftig seine Forderung auf 150 weitere Studienplätze reduzieren könne.

*Der Antrag ist erledigt.*

**Punkt 5** der Tagesordnung:

**Umwelt-Campus Birkenfeld belegt dritten Platz in internationalem Nachhaltigkeitsranking**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- [Vorlage 18/5032](#) - [[Link zum Vorgang](#)]

**Abg. Dr. Lea Heidbreder** führt zur Begründung aus, im deutschlandweiten Ranking liege der Umwelt-Campus Birkenfeld seit Jahren auf Platz 1 beim Thema „Nachhaltigkeit“. Es bestehe eine ganzheitliche Aufstellung. Sowohl im Bereich Forschung und Lehre als auch im Betrieb sei das Thema „Nachhaltigkeit“ verankert.

Der Umwelt-Campus nehme eine klare Vorreiterrolle ein. Nun sei die positive Nachricht, dass auch im weltweiten Vergleich der Umwelt-Campus inzwischen auf dem dritten Platz liege. Deshalb werde die Landesregierung um Berichterstattung gebeten, verbunden mit der Frage, welche Auswirkungen diese Vorreiterrolle im Land habe.

**Staatsminister Clemens Hoch** führt aus, der Umwelt-Campus Birkenfeld sei eine Außenstelle der Hochschule Trier; er werde in dieser Frage gern separat betrachtet. Es gebe an dieser Stelle an vielen Hochschulen und Universitäten noch Nachholbedarf.

Das UI GreenMetric-Ranking werde seit 2010 jedes Jahr durch die Universitas Indonesia, eine der größten staatlichen Universitäten Indonesiens, organisiert. Es gebe 39 Indikatoren in den Kategorien Infrastruktur, Energie und Klimaschutz, Abfallmanagement, Wasser, Mobilität sowie Forschung und Lehre. Maximal 10.000 Punkte könnten erreicht werden.

Der Umwelt-Campus Birkenfeld habe sich im Vergleich zum Vorjahr auf insgesamt 9.450 Punkte – 325 Punkte mehr als davor – verbessert. Der erste Platz, die Universität Wageningen in den Niederlanden, sei mit 9.500 Punkten bewertet worden. Den zweiten Platz habe die Nottingham Trent University mit 9.475 Punkten belegt.

Seit 2016 sei der Umwelt-Campus an diesem Ranking beteiligt und führe seit 2017 die deutsche Rangliste an. Alle Beteiligten vor Ort arbeiteten daran und hätten das notwendige Ziel vor Augen.

Man sei sehr stolz darauf, dass dies gelungen sei, weil dies die konsequente Arbeit der letzten Jahre sei und es auch sehr nachhaltig umgesetzt werde. Der Umwelt-Campus in Birkenfeld sei im Jahr 1996 mit dieser Ausrichtung gegründet worden. Von Anfang an habe das Prinzip der „Zero Emission University“ bestanden. Die akademische Ausbildung sei stark orientiert an den Fachbereichen Umweltschutz und Umweltingenieurwesen sowie Umweltingenieurwesen und Umweltingenieurwesen.

Im Jahr 2023 hätten 1.183 Hochschulen an diesem Ranking teilgenommen. Dies zeige auch die Bedeutung; immer mehr Hochschulen nähmen dieses Thema auf und wollten daran teilnehmen, weil es auch Einfluss darauf nehme, wie Studierende ihren Studienort wählten.

Im Jahr 2023 habe die Landesregierung die Potenzialstudie zu Nachhaltigkeit auf den Weg gegeben. Diese Woche sei die Ausschreibung für Nachhaltigkeitsprojekte an Hochschulen veröffentlicht worden. Er sei gespannt, welche Pilotvorhaben der Hochschulen gemeldet werden könnten. Durch die Ausschreibung sollten insbesondere Vorhaben aus den Green Offices an Hochschulen zum Aufbau von solchen Green Offices angesprochen werden. Damit würden hoffentlich ein wichtiger Impuls und eine Initialzündung für verschiedene Ideen gegeben werden können.

*Der Antrag ist erledigt.*

**Punkt 6** der Tagesordnung:

**Neugründung des jüdischen Studierendenverbands  
Rheinland-Pfalz/Saarland "Hinenu"**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP

- [Vorlage 18/5041](#) - [[Link zum Vorgang](#)]

**Abg. Dr. Lea Heidbreder** führt zur Begründung aus, der jüdische Studierendenverband habe sich im November 2023 gegründet. Dies sei ein positives Signal, um die Repräsentation jüdischen Lebens in Rheinland-Pfalz und im Saarland an den Universitäten zu stärken und darzustellen. Der Name des Verbands sei Hebräisch und bedeute „Hier sind wir“. Es gehe auch darum, dass Menschen aller Glaubensrichtungen sicher und frei an den Universitäten studieren dürften.

Mit der Gründung des Verbands würden dauerhafte Strukturen geschaffen, um dieses Thema sichtbar zu machen. Die Landesregierung werde um Berichterstattung gebeten.

**Staatsminister Clemens Hoch** berichtet, die Gründung des jüdischen Studierendenverbands Rheinland-Pfalz/Saarland „Hinenu“ habe am 15. November 2023 im rheinland-pfälzischen Landtag stattfinden können. Er sei dankbar für dieses Zeichen der Wertschätzung und der Solidarität. Nach den furchtbaren Ereignissen des 7. Oktober 2023 sei es ein besonderes Zeichen, auch wenn die Vorbereitungszeit zur Gründung schon sehr viel länger zurückliege.

Das Ziel von „Hinenu“ sei die Förderung der jüdischen Identität, seiner Mitglieder und die Völkerverständigung. Die Vereinsarbeit richte sich insbesondere an die an der jüdischen Religion und Kultur interessierten rheinland-pfälzischen und saarländischen Studierenden und jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 35 Jahren. Außerdem solle „Hinenu“ die Anlaufstelle von jungen Jüdinnen und Juden in Rheinland-Pfalz und dem Saarland werden und so nachhaltiges Community-Bildung betreiben. Dabei sei dem Verband wichtig, dass auch Nichtjüdinnen und Nichtjuden Mitglieder werden könnten.

Bereits im Vorfeld der Gründung habe sich die Beauftragte der Ministerpräsidentin für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen, Monika Fuhr, mit David Rosenberg, einem Mitinitiator des jüdischen Studierendenverbands, getroffen und mit ihm über die Ziele des Verbands, aber auch die Lage im Nahen Osten gesprochen. Monika Fuhr habe in diesem Zusammenhang bekräftigt, dass die Verherrlichung des Hamas-Terrors in Deutschland und jede Form von Antisemitismus und Judenfeindschaft klar verurteilt und bekämpft werden müssten.

Die Landesregierung begrüße die Gründung des jüdischen Studierendenverbands in Rheinland-Pfalz ausdrücklich. Die Sichtbarkeit jüdischen Lebens Sorge dafür, dass das gesellschaftliche Miteinander profitiere. Als Ministerium für Wissenschaft und Religion werde ein stets offenes Ohr für die Belange jüdischer Studierender zugesichert. Die Hochschulen müssten ein gewaltfreier Ort werden. Dazu gehöre, dass sich alle Studierenden unabhängig ihres Glaubens hier sicher und frei fühlen könnten.

**Abg. Dr. Matthias Reuber** bemerkt, es sei am 15. November eine sehr schöne Gründungsveranstaltung gewesen. Im Plenarsaal seien auch einige Abgeordnete anwesend gewesen. Es sei auch ein sehr starkes Zeichen gewesen, dass diese Veranstaltung im Plenarsaal habe stattfinden können. Gerade für die Studierenden jüdischen Glaubens sei es eine große Bereicherung in ihrem Studium. Sie könnten Kontakte über den Hochschulstandort hinaus und länderübergreifend knüpfen.

**Abg. Dr. Katrin Rehak-Nitsche** schließt sich den Ausführungen an und dankt den Initiatoren, unter anderem David Rosenberg, für die Gründung dieses Vereins. Sie sei schon viel länger geplant gewesen und sei nach den Ereignissen im Oktober nochmal sehr viel wichtiger geworden.

Für die jungen Menschen sei eine Anlaufstelle essenziell. Gleichzeitig sei es toll, dass der Verein mit offenen Türen arbeite. Der damit einhergehende Austausch werde sehr dringend gebraucht.

*Der Antrag ist erledigt.*



**Punkt 8** der Tagesordnung:

**Forschungsprojekte an Hochschulen zur Erforschung  
des Einsatzes Künstlicher Intelligenz an Schulen**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der AfD

- [Vorlage 18/5089](#) - [[Link zum Vorgang](#)]

**Staatsminister Clemens Hoch** berichtet, das erste im Antrag genannte Projekt „DigiKompASS. Digitale Kompetenzen aller sichtbar machen und steigern“ sei auf drei Jahre angelegt. Das Projekt sei im Jahr 2021 von der Universität Koblenz-Landau eingeworben worden und werde seit der Trennung der Standorte zum 1. Januar 2023 als Verbundprojekt an der Universität Koblenz und an der RPTU Kaiserslautern-Landau weitergeführt. Es laufe am 31. Juli 2024 aus.

Das fachbereichsübergreifende Projekt werde durch die Stiftung Innovation in der Hochschullehre im Rahmen der Förderbekanntmachung „Hochschullehre durch Digitalisierung stärken“ unterstützt. DigiKompASS nehme die digitalen Kompetenzen von Lehrenden und Studierenden in den Blick, um Ansätze zur Digitalisierung in der Lehre in die Breite zu tragen und langfristig zu einer gesteigerten Qualität der gesamten Hochschullehre beizutragen.

Die unterschiedlichen Akteure aus den Fachbereichen und zentralen Einrichtungen arbeiteten in zwei Innovationsclustern, um bestehende Angebote zu evaluieren sowie neue Konzepte zu entwickeln und zu erproben. Ein Kompetenznetzwerk Digitale Lehre systematisiere die Ergebnisse der Projekteinheiten, um sie für die gesamte Breite der Universitäten nutzbar zu machen.

Von den insgesamt 21 Projekteinheiten seien 14 Teil- und Querschnittsprojekte an der Universität Koblenz verortet. Ein Teilprojekt beschäftige sich unter anderem mit digitalem Storytelling als Lehrmethode. Hierzu gebe es bereits einige Kooperationen. Angesichts aktueller Entwicklungen im Bereich der generativen KI werde die Entwicklung digitaler Geschichten für einen handlungs-, produktions- und kompetenzorientierten Unterricht um die Integration von KI-Anwendungen erweitert.

Das Projekt umfasse eine systematische Erfassung, Analyse und Verwendung von KI-Anwendungen, die für das Storytelling genutzt werden könnten. Aus schulischer Sicht sei daher die Förderung der digitalen Bildkompetenz von besonderer Bedeutung. Beispielsweise würden die Fragen beantwortet, wie ein von KI erzeugtes Bild erkannt werden könne, wie es in einen Kontext eingeordnet werden könne, welche bildtheoretischen, sozialen, interaktionalen und politischen Konsequenzen sich daraus ergäben und wie man selbst medienkritisch und kompetent KI-Anwendungen für die Produktion eigener digitaler Geschichten und Bilder im Unterricht anwenden könne.

Das zweite Projekt sei ein interdisziplinärer Hub zur Vermittlung von Kompetenzen in Entwicklung, Umgang und Anwendung von erklärbaren, vertrauenswürdigen, resilienten und sicheren KI-Verfahren. Es sei auf vier Jahre angelegt und laufe noch bis zum 30. November 2025. Das Projekt habe es sich zur Aufgabe gemacht, die Anwendung von KI an Studierende unterschiedlicher Fachrichtungen zu vermitteln.

Ein wesentliches Alleinstellungsmerkmal liege neben der Vermittlung der Grundlagen auf dem kritischen Umgang mit KI in den verschiedenen Einsatzbereichen. Dabei gehe es nicht nur um die Lösung komplexer datengetriebener Probleme durch KI, sondern auch um die Diskussion von Problemen, Schwachstellen und Sicherheitsfragen sowie die Erklärbarkeit und Vertrauenswürdigkeit dieser Verfahren.

In allen Profildbereichen der Universität Koblenz würden Studiengangsinhalte entwickelt und angewendet, die sich mit den Fragestellungen hinsichtlich Studierenden und Lehrenden auseinandersetzen und neben theoretischen Ansätzen auch praktische Anwendungen für Lehr- und Lernmaterialien umsetzen.

Zielgruppe des Projektvorhabens seien primär Studierende und nicht Schülerinnen und Schüler. Da es sich um ein interdisziplinäres Projekt handele und die Beteiligten direkt an der Ausbildung von Lehramtsstudierenden beteiligt seien, würden die Erkenntnisse aus dem Projekt auch in die Ausbildung künftiger Lehrkräfte einfließen.

Derzeitige Erkenntnisse zeigten, wie wichtig es sei, einen kompetenten Umgang mit KI zu lehren, aber auch zu lernen. Im Projekt würden die Kompetenzstufen definiert. Es sei eine Festlegung, welches Wissen und Verständnis sowie welche Anwendungs- und Entwicklungsfähigkeiten von Lernenden erwartet würden, die eine bestimmte Kompetenzstufe erreicht hätten.

Das Konzept sei perspektivisch auf Schulen übertragbar. Vor dem Hintergrund der in der Öffentlichkeit zum Teil sehr lebhaft geführten Diskussion um die Leistungsfähigkeit neuer KI-Tools wolle er kurz auf die Studie eingehen. Diese habe gezeigt, dass bei ChatGPT bei Logikabfragen das Verhältnis richtiger zu falscher Antworten etwa 55 % zu 45 % betrage.

Bei mathematischen Aufgaben seien nur Additionen und Subtraktionen zuverlässig gelöst worden. Schon bei der Multiplikation sei es konstant zu Fehlern gekommen. Bei Fragen zur Physik seien 75 % der Anfragen auf Leistungskurslevel falsch beantwortet worden.

KI sei ein sehr mächtiges Werkzeug, aber der Umgang und die Interpretation der Ergebnisse erforderten auch ein Mindestmaß an Intelligenz. Deshalb sei es in Rheinland-Pfalz von größter Bedeutung, KI vertrauenswürdig, nachvollziehbar und im Einklang mit den wesentlichen Werten darzustellen.

**Staatsminister Clemens Hoch** sagt auf Bitte des **Abg. Joachim Paul** zu, dem Ausschuss seinen Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen.

*Der Antrag ist erledigt.*

**Punkt 9** der Tagesordnung:

**Einführung einer Quote für Landkinderärzte im Medizinstudium**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP

- [Vorlage 18/5129](#) - [\[Link zum Vorgang\]](#)

**Abg. Dr. Katrin Rehak-Nitsche** führt zur Begründung aus, erklärtes Ziel der Landesregierung sei, die ärztliche Versorgung auch im ländlichen Raum, also in ganz Rheinland-Pfalz, zu sichern. Dazu gehöre die Versorgung der Kleinsten. Insofern stehe die Frage der Landarztquote, der Erhöhung der Medizinstudienplätze sowie die Idee der Einführung einer Quote für Landkinderärzte im Medizinstudium im Raum. Die Landesregierung werde dazu um Berichterstattung gebeten.

**Staatsminister Clemens Hoch** berichtet, die Landesregierung habe sehr die Frage beschäftigt, was das Land tun könne, um die Versorgung der Jüngsten in der Gesellschaft mit Kinderärztinnen und Kinderärzten zu verbessern. Was getan werden könne – das sei nicht viel –, wollte auch ergriffen werden. Im Plenum im Juni 2023 habe er angekündigt, dass eine Quote für Landkinderärzte im Medizinstudium in Rheinland-Pfalz eingeführt werden wolle. Kinderärzte seien die Hausärzte der kleinsten Menschen. Hinsichtlich der Versorgung werde Handlungsbedarf gesehen.

Die ambulante kinder- und jugendärztliche Versorgung sei derzeit flächendeckend gewährleistet. Heute schon bestünden sehr große regionale Unterschiede in der ambulanten kinder- und jugendärztlichen Versorgung. Eine wohnortnahe Versorgung sei sowohl für den Wissenschafts- als auch für den Gesundheitsminister von solcher übergeordneter Bedeutung, dass in diesem fachärztlichen Bereich gezielt Einfluss auf den Nachwuchs genommen werden wolle.

Deshalb solle analog zur bestehenden Landarztquote eine zusätzliche Landkinderarztquote für Rheinland-Pfalz eingeführt werden. Damit werde ein besonderer Schwerpunkt gesetzt und würden langfristig wirksame Anreize für die Niederlassung von Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzten im ländlichen Raum geschaffen.

Im Wege einer sogenannten Vorabquote werde zusätzlich zu den bereits bestehenden Kontingenten von 6,3 % für die Landarztquote und von 1,5 % für die sogenannte ÖGD-Quote ein Kontingent von 3 % aller in Rheinland-Pfalz zur Verfügung stehenden Medizinstudienplätze vorab für Studienbewerberinnen und Studienbewerber reserviert, die ein besonderes Interesse an der landkinder- und jugendärztlichen Tätigkeit bekundeten.

Für die Einräumung dieser Studienplätze gingen die Bewerberinnen und Bewerber die Verpflichtung ein, sich nach Abschluss ihres Studiums in der Fachrichtung Kinder- und Jugendmedizin weiterzubilden und nach Erlangung des Facharztstitels eine kinder- und jugendärztliche Tätigkeit in einem sogenannten unterversorgten oder von Unterversorgung bedrohten Gebiet für einen Zeitraum von zehn Jahren aufzunehmen.

Die Einführung der Landkinderarztquote werde dazu führen, dass ein Teil aller rheinland-pfälzischen Medizinstudierenden später für einen nicht unbeachtlichen Zeitraum als Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzte unter Berücksichtigung der Versorgungssituation tätig würden. Die Landesregierung halte es für ein langfristig wirkendes, aber für ein wirksames Mittel, um den zu erwartenden Landkinderarztmangel zu bekämpfen.

Um die Landkinderarztquote einzuführen, müsse das Landesgesetz zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in ländlichen Regionen des Landes Rheinland-Pfalz geändert werden. Ebenso müsse die auf dem Landarztgesetz fußende Durchführungsverordnung angepasst werden. Die Höhe der Landkinderarztquote müsse zudem durch eine Änderung der Studienplatzvergabeverordnung geregelt werden. Hierzu seien noch letzte Abstimmungen mit den anderen Ländern notwendig. Die Quoten und die Medizinstudienplätze seien bundesweit in einem Staatsvertrag niedergelegt.

Der Referentenentwurf für das Artikelgesetz zur Änderung der betroffenen Rechtsvorschriften sei im Ministerium bereits erstellt. Sobald er mit den anderen Ländern abgestimmt sei, werde es in die übliche Ressortabstimmung innerhalb der Landesregierung gebracht werden.

Deshalb könne noch nicht genau gesagt werden, wann die Vorabquote das erste Mal greife. Sein Wunschtermin sei, es mit der Erhöhung der Medizinstudienplatzzahl im Sommersemester 2025 zu synchronisieren. Das wäre auch für die Stiftung ein vernünftiger Weg. Trotzdem könne es sein, dass es erst ein Semester später erfolge. Es könne mit letzter Gewissheit noch nicht gesagt werden, erst sobald die Stiftung für Hochschulzulassung ausführen könne, wann sie programmierfertig sei.

Das automatisierte und programmierte Verfahren mit den Medizinstudienplätzen habe Tücken. Es habe einmal schmerzhaft erlebt werden müssen, als in Frankfurt mehr Studienplätze als vorhanden zugeteilt worden seien. Dies habe bundesweit repariert werden müssen, was glücklicherweise relativ geräuschlos funktioniert habe.

Zur besseren Orientierung in zeitlicher Hinsicht wolle er nochmal auf die für die Landarztquote geltenden Fristen im Auswahlverfahren hinweisen. Danach ende die Bewerbungsfrist für das jeweilige Wintersemester schon am 31. März und für das jeweilige Sommersemester am 30. September. Er gehe davon aus, dass es bei den Kinderarztquoten genauso gehandhabt werde, sodass jeweils ein halbes Jahr vorher klar sei, ob sich auf die Vorabquote beworben werde.

Er wolle darauf aufmerksam machen, dass die ÖGD-Quote nicht zu beliebt sei und noch gute Chancen bestünden unterzukommen.

**Vors. Abg. Marion Schneid** hält es für notwendig, Anreize zu schaffen, um die Versorgung mit Kinderärzten im ländlichen Bereich zu verbessern.

*Der Antrag ist erledigt.*

**Punkt 13** der Tagesordnung:

**Verschiedenes**

*Der Ausschuss beschließt, im Frühjahr 2025 eine Informationsfahrt nach Lissabon durchzuführen.*

Mit einem Dank an die Anwesenden für ihre Mitarbeit schließt **Vors. Abg. Marion Schneid** die Sitzung.

**gez. Dr. Katrin Rack**  
**Protokollführerin**

**Anlage**

## **Anlage**

### **In der Anwesenheitsliste eingetragene Abgeordnete**

Guthier, David	SPD
Köbberling, Dr. Anna	SPD
Rehak-Nitsche, Dr. Katrin	SPD
Schick, Claus-René	SPD
Spies, Christoph	SPD
Reuber, Dr. Matthias	CDU
Schneid, Marion	CDU
Schreiner, Gerd	CDU
Heidbreder, Dr. Lea	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Paul, Joachim	AfD
Fernis, Philipp	FDP
Drumm, Dr. Herbert	FREIE WÄHLER

### **Für die Landesregierung**

Hoch, Clemens	Minister für Wissenschaft und Gesundheit
---------------	--

### **Gäste**

Kiesslich, Prof. Dr. Ralf	Vorstandsvorsitzender und Medizinischer Vorstand der Universitätsmedizin Mainz
Kreutz-Gers, Dr. Waltraud	Kaufmännischer Vorstand der Universitätsmedizin Mainz

### **Landtagsverwaltung**

Cramer, Thorsten	Regierungsrat
Rack, Dr. Katrin	Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung (Protokollführerin)